

Foto: Harald Doostal



Cornelia Pöttinger, Doris Schulz und Sandra Renner (v.l.)

Personalnotstand beschäftigt ÖVP-Frauen:

„Altenpflege sollte vor Aktenpflege gehen!“

In Österreich wächst parallel zur steigenden Lebenserwartung der Bedarf an qualifiziertem Pflegepersonal, so auch in Oberösterreich. Dazu sehen sich viele bei der Pflegearbeit von Angehörigen mit Hürden konfrontiert. Die OÖVP Frauen haben nun ihre Änderungswünsche in ein Forderungspaket verpackt.

In Oberösterreich sind rund 150.000 Menschen in Pflege. Die meisten werden zu Hause – und von Frauen betreut. Insgesamt sind drei Viertel aller Pflegenden weiblich.

Da die OÖVP-Frauen Verbesserungspotenzial im Pflegesystem sehen, haben sie ein Forderungspaket geschnürt. Konkret fordert Landesleiterin Doris Schulz Bürokratieabbau:

„Altenpflege soll vor Aktenpflege gehen!“ Weitere Forderungen: Eine Mindestausbildung für 24-Stunden-Pflege, die Pflegegeldhöhung ab Stufe 1 und für jene, die zuhause pflegen, attraktive Modelle für Pflege-Wiedereinsteiger und für am Mehrgenerationen-Wohnen-Interessierte sowie bessere Unterstützung für pflegende Angehörige. MK

Krone vom 26.3.2019

Mobiles Pflegeangebot ausbauen

OÖVP Frauen legen Forderungspaket vor: Mehr Personal und mehr Geld

456.000 Menschen sind heute in Österreich auf Pflegeleistungen angewiesen und jeden Tag kommen ca. 30 neue Fälle dazu, damit sei klar, dass das Thema Pflege Priorität habe. „Frauen leisten den Großteil der Pflegearbeit von Angehörigen, die zuhause betreut werden. Wir fordern daher, dass die Pflegenden für ihre Arbeit entsprechend entlohnt werden, indem sie etwa Anspruch auf einen Teil des Pflegegeldes und der Pension haben“, so OÖVP-Frauenlandesleiterin BR Doris Schulz.



Alten- statt Aktenpflege

Die OÖVP Frauen haben nun einen Forderungskatalog zum Thema erstellt. Wichtigste Maßnahmen:

- Eine Personaloffensive in der Pflege mit attraktiven Möglichkeiten für Wiedereinsteigerinnen, eine faire Entlohnung und verbesserte Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte. „damit Pflege wieder ein Traumberuf wird“, so Betriebsrätin Sandra Renner (Salzkammergut-Klinikum).
○ Der Abbau der Bürokratie in der Pflege, denn „es braucht mehr Zeit für die Arbeit am Menschen. Der administrative Aufwand gehört auf ein Mindestmaß reduziert“, fordert Betriebsratsvorsitzende Cornelia Pöttinger (OÖ Hilfswerk).
○ Damit pflegebedürftige Menschen möglichst lange in ihren eigenen vier Wänden

Formulierten gestern Forderungen zum Thema „Pflege“ (v.l.): Cornelia Pöttinger (Betriebsratsvorsitzende OÖ Hilfswerk), OÖVP-Frauenlandesleiterin BR Doris Schulz und Sandra Renner (Betriebsrätin Salzkammergut-Klinikum Vöcklabruck). Außerdem haben die OÖVP Frauen mit dem Frauenreferat des Landes einen „Servicefolder für pflegende Angehörige“ erstellt, der kostenlos unter office@oovpfrauen.at bestellt werden kann. Foto: OÖVP Frauen

bleiben können, braucht es neben einer Erhöhung des Pflegegeldes bereits ab Stufe 1 den Ausbau der mobilen Pflegehilfen von Tageszentren und Kurzzeitpflegeplätzen. „Um verbesserte Qualitätsstandards in der 24-Stunden-Pflege zu erreichen, fordern wir die Einführung einer Mindestausbildung der 24-Stunden-Pflege“, so Schulz. Der Masterplan Pflege der Bundesregierung gehe in die richtige Richtung. „Entscheidend wird sein, die Praktiker und Experten aus der Praxis aus allen Bereichen der Pflege entsprechend einzubinden“, so Pöttinger. Bei der Finanzierung sei klar, dass es eine staatliche Aufgabe sei und nicht auf eine private Pflegeversicherung abgeschoben werden könne.

Ministerium will sich die Zahlen anschauen

Sozialministerin Beate Hartinger-Klein (FPÖ) will sich die vom Wifo veröffentlichten Zahlen zum Bedarf an Pflegekräften genau ansehen. Das Wifo hat wie berichtet bis 2030 einen zusätzlichen Bedarf an Pflegekräften von rund 24.000 Stellen – rund 18.000 Vollzeitäquivalente – prognostiziert. Klar sei, dass aufgrund der demografischen Entwicklung der Bedarf ein größerer sein werde, sagte Hartinger-Klein. Derzeit habe man noch genug Kräfte. Mit dem Berufsregister für Gesundheits- und Krankenpflegeberufe habe man auch ein Instrument, damit man wisse, wie viele Kräfte u. a. in Ausbildung sind. Sie habe auch das AMS gebeten, dort einzumelden.

Bürgerdialog mit EU-Kommissar

Christos Stylianides, EU-Kommissar für Humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz, besucht am 4. April am Vormittag die Linzer Johannes Kepler Universität. Er wird einen Vortrag halten und sich anschließend den Fragen der Besucher stellen. Die Veranstaltung wird simultan gedolmetscht. Eine Anmeldung ist unter www.reglist24.com/reglist\_anmeldung.php?list\_id=1792761 erforderlich, der Eintritt ist frei. Zur Veranstaltung bitte unbedingt einen amtlichen Lichtbildausweis mitnehmen. Infos unter: www.jku.at

„Anspruch auf Teil des Pflegegeldes für Pflegenden“

OÖVP Frauen fordern mehr Personal, mehr Geld und bessere Absicherung für pflegende Angehörige

LINZ. Die Bundesregierung hat einen Masterplan Pflege angekündigt – die OÖN berichteten. Dieser gehe in die richtige Richtung, sagt Cornelia Pöttinger, Betriebsratsvorsitzende des OÖ Hilfswerks. Entscheidend sei, „Praktiker und Experten aus der Praxis“ einzubinden. Sie fordern den Ausbau der mobilen Pflegeangebote. Aber man dürfe die herausfordernde Arbeitssituation der Mitarbeiter der mobilen Dienste nicht außer Acht lassen: „Sie ermöglichen, dass die Pflege zu Hause erfolgen kann. Ihre Arbeitsbedingungen und die finanzielle Entlohnung müssen angepasst werden.“ Eine Personaloffensive – „vor allem auch für Wiedereinsteigerinnen“ – und weniger Bürokratie in der Pflege sind Sandra

Renner, Betriebsrätin im Salzkammergut-Klinikum Vöcklabruck ein Anliegen. Bei Letzterem habe die Novellierung der Alten- und Pflegeheimverordnung bereits Verbesserungen bewirkt.

Etwa drei Viertel der Pflege werden im Familienverband geleistet – zum Großteil von Frauen. Doris Schulz, Landesleiterin der OÖVP Frauen, fordert eine bessere soziale Absicherung: „Viele Frauen geben den Beruf auf und sind dann nicht mehr versichert. Das kann zu Altersarmut führen.“ Sie fordert eine Ausweitung der Pflegekarenz und Pflegezeit. Außerdem sollen Pflegenden entlohnt werden: „Zum Beispiel durch einen Anspruch auf einen Teil des Pflegegeldes und der Pension.“



Rasche Lösungen sind kaum möglich.

Das System muss vereinfacht werden.“

Doris Schulz, OÖVP Frauen-Chefin Foto: OÖVP Frauen

Außerdem sei eine Erhöhung des Pflegegeldes notwendig: „Und zwar bereits ab Stufe 1, nicht erst ab Stufe 3, wie von Sozialministerin Beate Hartinger-Klein angekündigt“, sagt Pöttinger.

Grundsätzlich sei eine Vereinfachung des gesamten Pflegesystems notwendig, sagt Schulz: „Wir haben glücklicherweise die höchsten Standards und ein über Jahre gewachsenes System. Das macht rasche und einfache Lösungen aber nicht möglich.“ Als Beispiel nennt sie Unterstützung für pflegende Angehörige in der Nacht.

Im Jahr 2017 wurden in Oberösterreich insgesamt 149.442 Menschen betreut, davon 20.571 Personen durch mobile Dienste und 12.812 Menschen stationär. (eib)

OÖN. Vom 26.3.2019